

Seniorenkaffee in Nortorf  
am 08.10.2026  
schnell anmelden!



  
**GRUNDGESETZ**  
für die  
Bundesrepublik  
Deutschland

**FREIHEITLICH  
DEMOKRATISCHE  
GRUNDORDNUNG**



**RECHTSSTAAT**



**DEMOKRATIE**



**GLEICHHEIT**



**GRUNDRECHTE**



**MENSCHENWÜRDIGKEIT**



**GEWALTENTEILUNG**



# Pinnwand

**04.11.2026**  
**Landeshauptvor-**  
**stand (LaHaVo)**  
**in Nortorf**

**2027**  
**HPR-Wahl**

**2027**  
**Wahl zum örtlichen Personalrat**

**23.04.2027**  
**Landesjugendtag**  
**(LJT) in Kiel**

**Deutschlandturnier**  
**der Finanzämter**  
**vom 03.-05.06.2027**  
**in Bremen**

**16.09. + 17.09.2027**  
**Landes-**  
**gewerkschaftstag**  
**in Damp**

## Impressum

**HERAUSGEBER:** Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)  
Landesverband Schleswig-Holstein  
Walkerdamm 17, 24103 Kiel  
Telefon: 0431 - 67 23 93  
dstg-schleswig-holstein@t-online.de  
[www.dstg-sh.de](http://www.dstg-sh.de)

**V.I.S.D.P.:** Michael Jasper, Landesvorsitzender

**REDAKTIONSSCHLUSS:** 28.02., 31.05., 31.08., 30.11.

**GESAMTHERSTELLUNG:** SCHOTTdruck, Kiel, [www.schottdruck.de](http://www.schottdruck.de)

**AUFLAGE:** 3.500

Die DSTG-Direkt erscheint 4xjährlich. Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nachdruck unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplares ist gestattet. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserin/des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG nicht übereinstimmen muss.

## Inhaltsverzeichnis

SEITE

|                                                               |       |
|---------------------------------------------------------------|-------|
| IMPRESSUM .....                                               | 02    |
| VORWORT .....                                                 | 03    |
| DSTG-ARBEITSTAGUNG IN WISMAR .....                            | 4-5   |
| HITZESCHLACHT IN GÄGELOW .....                                | 6     |
| SENIOREN EINLADUNG .....                                      | 7     |
| SELBSTBEHALT: DAS LETZTE WORT IST NOCH NICHT GESPROCHEN ..... | 8     |
| DBB-INFODIENST .....                                          | 9-10  |
| DER KASSENBOON ALS LOTTERIESCHEIN ..                          | 11-13 |
| KRANKSCHREIBUNG .....                                         | 14    |
| TARIF-MARTIN .....                                            | 14-15 |
| SENIOREN .....                                                | 16-17 |
| MITGLIEDERWERBEAKTION .....                                   | 18    |
| DBB VORTEILSCLUB .....                                        | 19    |
| AUS DEN ORTSVERBÄNDEN .....                                   | 20    |
| JUBILARE .....                                                | 21    |
| GEBURTSTAGE .....                                             | 22-23 |



# Liebe Kolleginnen und Kollegen,



die nächste Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift entsteht in einer Zeit, in der uns ein Blick über die Landesgrenzen hinweg Anlass zur Sorge gibt. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September hat ein politisches Ergebnis hervorgebracht, das weit über die Grenzen des Bundeslandes hinaus Beachtung findet. Mit 43,8 Prozent wurde die AfD mit deutlichem Abstand stärkste Kraft im Land.

Natürlich ist eine demokratische Wahl zunächst einmal zu akzeptieren. Die Bürgerinnen und Bürger haben gesprochen, und dieses Ergebnis verdient eine ernsthafte Auseinandersetzung. Gerade deshalb dürfen wir aber auch nicht schweigen, wenn politische Vorstellungen formuliert werden, die aus unserer Sicht fundamentalen Grundsätzen unseres demokratischen Gemeinwesens widersprechen.

Ein Blick in das von der AfD Sachsen-Anhalt vorgelegte Regierungsprogramm zeigt, wie weitreichend die dort formulierten politischen Vorstellungen sind. Es finden sich Forderungen, die bestimmte Lebens- und Familienformen gegenüber anderen privilegieren, öffentliche Förderung an weltanschauliche und gesellschaftspolitische Vorstellungen knüpfen und Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Aufenthaltsstatus unterschiedlich behandeln wollen. Auch gegenüber Migration und gesellschaftlicher Vielfalt wird eine Sprache verwendet, die aus unserer Sicht nicht zu einem respektvollen und solidarischen Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft passt.

Für uns als Deutsche Steuer-Gewerkschaft ist dabei eine Grenze klar: **Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Und die freiheitliche demokratische Grundordnung ist nicht verhandelbar.**

Als Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes stehen wir in besonderer Weise für einen Staat, der nach Recht und Gesetz handelt. Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern, Behörden und Dienststellen setzen täglich geltendes Recht um – unabhängig davon, welchen Namen, welche Herkunft, welches Geschlecht, welche Religion oder welche politische Überzeugung ein Mensch trägt. Genau diese Gleichbehandlung ist eine der großen Stärken unseres Rechtsstaates.

Wir haben uns als DSTG Schleswig-Holstein ausdrücklich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekannt. Dieses Bekenntnis ist für uns kein bloßes Lippenbekenntnis. Es bedeutet,

dass wir für Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Gleichheit und die Achtung der Grundrechte eintreten. Und es bedeutet ebenso, dass wir uns gegen jede Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit stellen – unabhängig davon, aus welcher politischen Richtung sie kommt.

Mit Sorge blicken wir deshalb nach Sachsen-Anhalt. Zugleich setzen wir darauf, dass unser Grundgesetz und die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt starke Leitplanken bilden. Politische Mehrheiten dürfen selbstverständlich Politik gestalten. Sie dürfen aber nicht die Grundprinzipien unseres demokratischen Rechtsstaates beliebig verändern oder Grundrechte zur Disposition stellen. Gerade die Gewaltenteilung, die unabhängige Justiz, die Grundrechte und eine starke Verwaltung sind deshalb keine lästigen Hindernisse politischer Gestaltung, sondern das Fundament unserer Demokratie.

Das Wahlergebnis sollte uns allerdings nicht nur Sorgen bereiten – es sollte uns auch zum Nachdenken bringen. Demokratie lebt davon, dass Menschen sich beteiligen, dass politische Probleme ernst genommen werden und dass die demokratischen Parteien überzeugende Antworten auf die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger geben. Wer den Menschen das Gefühl vermittelt, nicht gehört oder nicht ernst genommen zu werden, darf sich über wachsenden politischen Frust nicht wundern.

Für uns in Schleswig-Holstein wird diese Erkenntnis spätestens im April 2027 von Bedeutung sein. Dann sind auch wir aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. Wir können nur an die Vernunft und an das Verantwortungsbewusstsein aller Bürgerinnen und Bürger appellieren: **Schauen wir genau hin, wofür Parteien stehen. Lesen wir Programme. Hinterfragen wir Versprechen. Und machen wir uns bewusst, welche Konsequenzen politische Entscheidungen für unser Land, unseren Rechtsstaat und unser gesellschaftliches Miteinander haben können.**

Eine starke Demokratie braucht keine Angst und keine Feindbilder. Sie braucht Menschen, die sich einmischen, Verantwortung übernehmen und füreinander eintreten.

Wir als DSTG Schleswig-Holstein werden unseren Beitrag dazu leisten. Wir werden auch weiterhin für einen starken, leistungsfähigen und rechtsstaatlichen öffentlichen Dienst eintreten – und damit für einen Staat, auf den sich alle Bürgerinnen und Bürger verlassen können.

Denn Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie lebt davon, dass wir sie jeden Tag verteidigen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Freude bei der Lektüre unserer neuen Ausgabe und uns allen weiterhin den Mut, für unsere gemeinsamen Werte einzustehen.

Mit kollegialen Grüßen

Michael Jasper



# DSTG-Arbeitstagung in Wismar



Vom 26. bis 27. Juni 2026 kamen die Landesleitung sowie die Ortsverbandsvorsitzenden der DSTG Schleswig-Holstein wieder einmal zu einer Arbeitstagung zusammen, die in diesem Jahr in der schönen Hansestadt Wismar stattfand. Bei bestem Sommerwetter und schweißtreibenden Temperaturen, auch im Tagungsraum, standen zwei Tage lang der persönliche Austausch sowie viele wichtige Gewerkschaftsthemen auf dem Programm. Trotz der Hitze herrschte eine richtig gute Stimmung und alle waren mit großem Engagement bei der Sache.

Die Tagesordnung bot reichlich Stoff für einen vertieften Dialog über aktuelle und auch strategische Zukunftsfragen in der Gewerkschaftsarbeit. Im Zentrum des Berichts der Landesleitung, diesmal durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden Christian Sommer, standen die drängenden Themen Tarif und Besoldung. Beleuchtet wurden dabei u.a. die möglichen Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom September 2025 zur Besoldung der Berliner Landesbeamten auf die Besoldung in Schleswig-Holstein. Auch wenn auf dieser Grundlage derzeit eine Nachbesserung für die Jahre ab 2025 vorbereitet wird, wurde doch Unzufriedenheit darüber deutlich, dass sich die Umsetzung (inkl. der Übernahme des Tarifergebnisses ab 01.04.2026)

noch bis November 2026 hinziehen soll. Einigkeit bestand darüber, dass aus Sicht der DSTG damit das Thema „Verfassungsmäßigkeit der Alimentation“ für die Landesbeamten in Schleswig-Holstein keineswegs erledigt ist. Schließlich warten wir nach wie vor auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für die Jahre ab 2007, aus der sich zusätzlicher Anpassungsbedarf für die Besoldung ab 2025 ergeben kann.

Ausführlich diskutierten die Teilnehmenden darüber, wie sich die Gewerkschaft in Zukunft wirkungsvoll aufstellen muss. Dabei wurde kritisch das Spannungsfeld zwischen einer zukünftig möglichen automatischen Besoldungsanpassung anhand bestimmter Rechengrößen und der klassischen Übernahme des Ergebnisses der Tarifrunde für die Beamten beleuchtet. Da mag vereinzelt die Frage aufkommen: wofür brauche ich eigentlich die DSTG? Hier ist aber zu betonen, dass sich die DSTG gemeinsam mit dem dbb nicht nur für Gehaltserhöhungen einsetzt, sondern z.B. anlässlich der aktuellen Angriffe auf das Berufsbeamtentum im Zusammenhang mit der Diskussion um Reformen der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung klar Stellung gegen gebetsmühlenartig geäußerte Halb- und Unwahrheiten über Beamte bezieht und sich vor die Kolleginnen und Kollegen stellt.



Und nur eine (mitglieder-) starke Gewerkschaft wird von der Politik gefragt, wenn es um anstehende Gesetzesvorhaben mit Auswirkungen für die Kolleginnen und Kollegen geht. Hier bringt sich die DSTG Schleswig-Holstein regelmäßig direkt oder über den dbb sh mit Stellungnahmen ein.

Auch die Nachwuchsarbeit und wichtige Anregungen aus den Reihen der Jugend nahmen einen breiten Raum ein. Darüber hinaus richteten die Teilnehmenden den Blick vorausschauend auf die gesellschaftspolitische Verantwortung der DSTG. Ein wichtiger Diskussionspunkt war der professionelle und zudem wertorientierte Umgang mit populistischen Parteien mit Blick auf die anstehende Landtagswahl 2027.

Einen ebenso breiten Raum nahm die künftige Struktur der DSTG Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit der geplanten Strukturreform „SteuFit“ für die Finanzämter ein. Nach Abwägung verschiedener Optionen sprach sich die deutliche Mehrheit der Teilnehmenden dafür aus, unabhängig von möglichen Zusammenlegungen von Finanzämtern die bewährte Ortsverbandsstruktur vorerst wie gehabt fortzuführen, um weiterhin nah an den

Mitgliedern an allen Standorten zu bleiben. Schließlich stand der unmittelbare Blick in die Praxis vor Ort auf der Tagesordnung. In vertrauensvoller und offener Atmosphäre tauschten sich die Ortsverbandsvorsitzenden über die aktuelle Lage in ihren Ortsverbänden aus.

Nach einem intensiven ersten Arbeitstag fand das Programm mit einer gemeinsamen Stadtrundfahrt durch Wismar einen gelungenen Ausklang. Bei der Fahrt durch das historische UNESCO-Weltkulturerbe bot sich reichlich Gelegenheit, das kollegiale Miteinander zu pflegen.

Die diesjährige Arbeitstagung hat wieder bewiesen, wie wertvoll dieser persönliche Rahmen ist. Der direkte Austausch mit den Ortsverbandsvorsitzenden liefert frische Anregungen und gibt allen Beteiligten neue Energie für die engagierte Gewerkschaftsarbeit vor Ort.

Unser herzlicher Dank gilt daher allen Ortsverbandsvorsitzenden für den gelungenen Austausch.

# EIN KONTO. ALLES DRIN.



**dbb  
vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah

## Das kostenfreie Konto.<sup>1</sup>

- ✓ 0 € Kontoführung<sup>1</sup> + 100 € Startprämie<sup>2</sup>
- ✓ Weltweit kostenlos bezahlen
- ✓ Visa Debitkarte und digitale girocard kostenfrei dabei
- ✓ Tagesgeld inklusive

**100 €**  
Startprämie<sup>2</sup>

Jetzt informieren!



**Regionale Ansprechpartnerin**  
Antje Stets  
Telefon: 0162 27 30 942  
E-Mail: antje.stets@bbb-bank.de

1. Kostenfrei bei Online-Überweisungen, digitaler Kontoführung (Nutzung E-Postfach) und einem monatlichen Geldeingang von mind. 1.000 Euro. Unter 30 Jahre entfällt der Mindestgeldeingang. Ansonsten beträgt die Kontoführungsgebühr 4,95 Euro mtl. 2. Voraussetzungen Startprämie: Neukunde, kein Girokonto in den letzten 24 Monaten. 50,- Euro für die Eröffnung eines BetterSmart Kontos, 50,- Euro für Gewerkschaftsmitglieder und deren Angehörige. Die Auszahlung erfolgt nach Erfüllung der Voraussetzungen innerhalb von 8 Wochen auf das BetterSmart Konto. Hinweis: Wir behalten uns vor, die Aktion jederzeit zu ändern oder zu beenden. Aktionsstart: 01.07.2026.



# Hitzeschlacht in Gägelow

Dieses Jahr fand wieder eine Moti-Tour für die Vorsitzenden der OV mit der Landesleitung statt. Als die Einladung im März versandt wurde, konnte ja niemand ahnen, dass es das bisher heißeste Wochenende des Jahres sein wird.

Also startete der Bus um 6.45 Uhr in Nordhastedt, nächster Halt in Schenefeld um 7.30, Neumünster am alten Stahlwerk 8.15 Uhr. Auf dem Weg zum Treffpunkt kam Christian aus OH mir entgegen, habe Richtung freie Parkplätze gezeigt – hat nicht geklappt („Ich dachte, du winkst mir freundlich zu“); als Parkplatzzeiger ungeeignet, man gut, ich bin Beamtin geworden!

Nachdem am Bahnhof Kollegen zugestiegen sind, war der nächste Halt in Bad Segeberg. Inzwischen hatte Willy schon verraten, dass wir nach Wismar fahren (in der Einladung stand nur Mecklenburg-Vorpommern) und dass der Bäcker, der immer für unser Unterwegs-Frühstück sorgt, uns eine Woche später auf'm Zettel hatte. Also war Willy kurzerhand mit in der Backstube (du bist wirklich ein Allrounder) und es gab statt belegter Brötchen Laugenstangen – war aber lecker!

Außerdem waren wieder warme und kalte Getränke an Bord, so dass dem Frühstück in Lübeck-Genin nichts im Wege stand, wo auch die Ratzeburger zugestiegen sind.

Gegen 11 Uhr waren wir dann schon in unserem Tagungshotel in Gägelow, einem Vorort von Wismar, und haben dann das Personal erschreckt, weil der Tagungsraum noch nicht fertig eingerichtet war – da schleppt dann schon mal der Chef die letzten Stühle... Macht ja nichts

Kaum hatte die Tagung mit Begrüßung und Vorstellungsrunde begonnen, ging's schon wieder raus in die Hitze: Feuersalarm! So schnell wollten wir gar nicht Pause machen. War aber nichts los. Am frühen Nachmittag gab's Zimtschnecken, die wie Pizza rochen und auch waren (und lecker). Weiter mit der Tagung: die Themen Zukunft der Gewerkschaftsarbeit, Tarifkampf und Besoldung u. a. Gegen 16 Uhr sind wir dann mit unserem Bus nach Wismar gefahren und dort in einen kleinen Bus zur geführten Stadtrundfahrt umgestiegen. So einen Bus habe ich überhaupt noch nicht gesehen, echt witzig – ich schätze mal, viel mehr Leute als wir passen da nicht rein. Die Klimaanlage ist auch ökologisch: alle Fenster runter und das Dach aufgerollt – zum Glück waren über uns während der Fahrt nicht viele Möwen unterwegs...

Der „Stadtführer“ war offensichtlich not amused, dass, nachdem er zum dritten Mal gefragt hat, wer immer „SOKO Wismar“ guckt, keine Begeisterungstürme ausgebrochen sind, und hat sich dann nur „Ich bin schließlich schon seit heute Morgen um 10 im Bus“ in

den nicht vorhandenen Bart gebrummelt. Aber er war echt bemüht, aber es war eben wirklich sehr warm...

Danach haben wir es uns mit Erdbeeren, Kaltgetränken und Eis auf der Schattenseite vom Marktplatz gemütlich gemacht – da hätte man es noch gut länger aushalten können! Aber wir „mussten“ zurück zum Hotel, Abendbrot in Form eines Buffets.

Das Restaurant war besetzt von zwei anderen Busgruppen und für uns war „im Flur“ reserviert – da war es auch viel schöner! Bei Einbruch der Dunkelheit hatte es sich soweit abgekühlt, dass man draußen sitzen konnte – und das haben wir auch gemacht.

Vorm Hoteleingang haben wir die Sitzgelegenheiten zusammengeschoben, Annabel hat Musikwünsche erfüllt und für Nachschub aus der Bar wurde laufend gesorgt (hast du mal beim Oktoberfest gejobbt, Jödis?

Toll! Ich hätte nicht mal ein Glas ohne Kleckern nach draußen bekommen).

Bis in die frühen Morgenstunden konnte man es draußen aushalten, ohne die anderen Gäste zu stören – so wie letztes Mal in Visselhövede.

Sonnabend haben wir dann auch draußen gefrühstückt und um 9.30 ging die Tagung weiter. Trotz Klimaanlage war es echt total anstrengend bei der Hitze und deshalb sind wir dann bereits um 12.30 Uhr Richtung Heimat gestartet.

Die Temperaturanzeige im Bus zeigte 40 Grad an, drinnen war es eiskalt. Ich habe gedacht, wenn wir jetzt aussteigen, geht es uns wie Dönerspießen, bei denen die Kühlkette unterbrochen wird. Aber es war wieder richtig schön und informativ, sich mit den Kollegen auszutauschen!

Danke an Christian B. und Willy für die tolle Organisation – es ist ja doch immer mit viel Arbeit verbunden! Und erwähnen möchte ich auch noch, dass es für Christian S. das „erste Mal“ war – das hast du gut gemacht!





# Einladung



Liebe Seniorinnen und Senioren,

ich möchte Euch noch einmal an unser Treffen erinnern am

Donnerstag,  
den 08.10.2026, um 14:30 Uhr  
im Alten Landkrug in Nortorf

Bitte meldet Euch möglichst zeitnah nach Erscheinen der Zeitung zum *Klönsschnack* bei mir an, damit ich Kuchen und Schnittchen rechtzeitig bestellen kann.

Es gibt einiges zu berichten – und Ihr habt sicher auch wieder viel zu erzählen.

Ich freue mich auf Euch.

✉ [ljaeger@onlinehome.de](mailto:ljaeger@onlinehome.de)

☎ 04122 55 535, 0175 75 04 525

Liebe Grüße,  
Lydia 





# Selbstbehalt: Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen!

## OVG bestätigt höheren Beihilfe-Selbstbehalt – die eigentliche Frage der amtsangemessenen Alimentation bleibt offen

Das Schleswig-Holsteinische Obergerverwaltungsgericht hat die Klagen gegen die Erhöhung des Beihilfe-Selbstbehalts auch im Hauptsacheverfahren abgewiesen. Damit bleibt es zunächst dabei: Für Beamtinnen und Beamte beginnt der erhöhte Selbstbehalt ab Besoldungsgruppe A 10; dort wurde die jährliche Eigenbeteiligung um 20 Euro auf 160 Euro angehoben. Je nach Besoldungsgruppe steigt der Selbstbehalt weiter an.

**Wir akzeptieren diese Entscheidung dem Grunde nach. Enttäuschend ist für uns allerdings, dass das OVG die verfassungsrechtliche Dimension des Selbstbehalts nicht stärker in den Mittelpunkt gestellt hat.**

Denn der Selbstbehalt ist für uns eben nicht nur eine technische Regelung des Beihilferechts. Er führt dazu, dass Beamtinnen und Beamte einen Teil ihrer Krankheitskosten dauerhaft selbst tragen müssen. **Faktisch schmälert er damit die dem Beamten zur Verfügung stehenden Bezüge und ist deshalb aus unserer Sicht bei der Betrachtung der amtsangemessenen Alimentation mitzudenken.** Das OVG hat sich hingegen im Wesentlichen auf die Frage konzentriert, ob die Erhöhung des Selbstbehalts auf der Grundlage des Landesbeamtengesetzes zulässig ist und ob der Verordnungsgeber seinen Gestaltungsspielraum überschritten hat. Diese Fragen hat der Senat verneint. Auch die soziale Staffelung und die grundsätzliche Begrenzung des Selbstbehalts auf ein Prozent des jährlichen Grundgehalts wurden als ausreichend angesehen.

Aus unserer Sicht hätte das Gericht allerdings einen anderen Weg einschlagen können. **Es hätte die konkrete finanzielle Belastung der Beamtinnen und Beamten in die Betrachtung der amtsangemessenen Alimentation einbeziehen und eigene Berechnungen anstellen können.** Stattdessen verweist das OVG darauf, dass eine möglicherweise verfassungswidrig zu niedrige Alimentation nicht in einem Verfahren beanstandet werden könne, das lediglich einen einzelnen Aspekt des Beihilferechts zum Gegenstand habe. Den Betroffenen bleibe die Möglichkeit einer Feststellungsklage gegen das Besoldungsgesetz in Zusammenschau mit den beihilferechtlichen Regelungen.

**Genau hier liegt für uns der Schwachpunkt der Entscheidung.** Die Frage der amtsangemessenen Alimentation ist längst Gegenstand verschiedener Verfahren und beschäftigt auch das Bundesverfassungsgericht. Eine rein formale Betrachtung des Beihilferechts wird der tatsächlichen finanziellen Situation der Beamtinnen und Beamten deshalb aus unserer Sicht nicht gerecht.

Wir erwarten, dass das Bundesverfassungsgericht noch in diesem Jahr



zur Frage der amtsangemessenen Alimentation Stellung nimmt. **Sollte das Gericht dabei feststellen, dass die Besoldung bereits strukturell hinter den verfassungsrechtlichen Anforderungen zurückbleibt, muss auch der Beihilfe-Selbstbehalt erneut auf den Prüfstand.** Denn eine zusätzliche Belastung der Beschäftigten kann nicht losgelöst von der Frage betrachtet werden, ob ihre Gesamtalimentation noch verfassungsgemäß ist.

### Beihilfe ist kein „Fass ohne Boden“

In diesem Zusammenhang ärgert uns auch die öffentliche Darstellung des Themas. In einem Leserbrief des Kollegen Rietig, der in den Kieler Nachrichten veröffentlicht wurde, wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass es beim Beihilfesystem letztlich auch um den Arbeitgeberanteil an der Krankenversorgung geht.

Die Darstellung des Beamtensystems als besonderes Privileg oder gar als zusätzliche Last für den Landeshaushalt weisen wir zurück. Beihilfe und Versorgung sind keine Geschenke des Staates an seine Beamten. Sie sind Bestandteil des besonderen Dienst- und Treueverhältnisses und müssen bei einer Gesamtbetrachtung der Alimentation berücksichtigt werden.

Wer auf die Kosten der Beihilfe verweist, darf nicht gleichzeitig ausblenden, dass Beamtinnen und Beamte im aktiven Dienst gerade **keine Beiträge zur gesetzlichen Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung aus ihrer Besoldung entrichten** und der Landeshaushalt damit entsprechend auch nicht belastet wird. Diese Besonderheit ist Teil des gesamten Systems und darf nicht einseitig betrachtet werden.

Das OVG hat mit seiner Entscheidung zunächst einen Punkt gesetzt. **Den entscheidenden Strich unter die Rechnung hat damit aber noch niemand gezogen.** Für uns bleibt klar: Wenn das Bundesverfassungsgericht die Anforderungen an eine amtsangemessene Alimentation konkretisiert, muss auch der Selbstbehalt erneut bewertet werden.

**Wir bleiben deshalb an diesem Thema dran.** Der Selbstbehalt mag heute rechtlich Bestand haben. Verfassungsrechtlich ist die Diskussion damit aus unserer Sicht noch lange nicht beendet.



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion**Landesrechnungshof mahnt zu Personaleinsparungen:****dbb sieht Kostensteigerungen als logisch und gerechtfertigt**

Der Landesrechnungshof kritisiert, dass in den Jahren ab 2020 über 5.000 neue Stellen geschaffen wurden, was in Kombination mit Tabellenanpassungen zu erheblichen Personalkostensteigerungen führt. Dazu stellt dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp klar: „Wenn der Staat seine Aufgabe ernst nimmt, für Sicherheit und Bildung zu sorgen, führt kein Weg an einem auskömmlichen Personalbestand vorbei“. Das gelte auch für alle anderen Aufgaben, die der öffentliche Dienst infolge politischer Entscheidungen zu erfüllen hat, zumal in vielen Bereichen nach wie vor eine Personalunterdeckung besteht.

Die Kostensteigerungen sind deshalb logisch. Die Bürger haben nichts davon, wenn ambitionierte Ziele und Gesetze beschlossen werden, die Umsetzung jedoch an Unterfinanzierung und Personal-mangel scheitert. Daraus resultierender Staatsverdruss dürfte auch nicht im Sinne der Politik sein – und schon gar nicht im Sinne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die täglich mit den Problemen umgehen müssen und dabei zu häufig Belastungsgrenzen in einem gesundheitsgefährdenden Ausmaß überschreiten.

Gerechtfertigt und zwingend sind auch die Kostensteigerungen aus anstehenden Besoldungsanpassungen. „Wir haben lange dafür gekämpft, dass die Einschnitte der vergangenen Jahre korrigiert werden. Die ersten Schritte stehen infolge einer vorliegenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes an. „Das ist kein Bonus, sondern die Wiederherstellung rechtmäßiger und verfassungskonformer Zustände“, so Tellkamp.

Der Stellenaufwuchs belegt aber auch, dass ein weiteres Anliegen völlig unzureichend auf den Weg gebracht ist: Der Bürokratieabbau. Das ist der Hebel, mit dem die die Logik steigender Kosten durchbrochen werden kann. Wenn nämlich durch weniger Vorschriften und Aufgaben, zeitgemäße Strukturen und zusammengeführte Prozesse der Personalbedarf und damit auch Überlastungssituationen reduziert werden. Der dbb sh plädiert immer wieder für einen übergreifenden Ansatz, der allerdings weiterhin auf sich warten lässt. Das dürfte aber der einzige erfolgversprechende und seriöse Weg sein, um ein vom Landesrechnungshof gefordertes Personal-einsparungskonzept zu realisieren.

Auf ungeteilte Zustimmung des dbb sh stößt eine weitere Empfehlung des Landesrechnungshofes: „Die Landesregierung sollte der Versuchung widerstehen, auch für 2027 Mittel aus dem Versorgungsfonds als allgemeine Deckungsmittel einzuplanen“. Deshalb setzt sich der dbb sh für die Absicherung im Rahmen einer Verfassungsreform ein.

**HERAUSGEBER:**

dbb sh – Spitzenverband der Fachgewerkschaften und –verbände des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein  
Muhliusstr. 65, 24103 Kiel Tel. 0431.67 50 81 • info@dbbsh.de • www.dbbsh.de





### dbb sh zum Bericht der Rentenkommission:

## Beamte als Rentner keine Option für Schleswig-Holstein

In Reaktion auf die Empfehlungen der Rentenkommission stellt der dbb sh klar, dass eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung weder vorstellbar noch den Bürgern zumutbar wäre. Die Kommission sieht zwar eine Erwerbstätigenversicherung unter Einbeziehung der Beamten als Idealbild der Alterssicherung an. „Das ist aus unserer Sicht aus rechtlicher, finanzieller und praktischer Sicht jedoch auch in Schleswig-Holstein blanke Theorie“, so dbb Landesbundvorsitzender Tellkamp.

Gern wird vergessen, dass die Beamtenversorgung eine Vollversorgung ist, welche die Funktion der Rente und der betrieblichen Altersversorgung abdeckt. Im Gegenzug fällt die Besoldung niedriger aus. Für eine Einbeziehung in die Rentenversicherung müssten deshalb zusätzliche Mittel für die Beiträge aufgebracht werden. Das gilt on top für die dann ebenso erforderliche Zusatzversorgung. Das ist nicht nur ein schlechtes Geschäft für die Steuerzahler, sondern auch für die Rentenversicherung. Diese müsste nämlich mit Blick auf das durchschnittlich hohe Qualifikationsniveau entsprechende Ansprüche bedienen.

Vor allem aber ist klarzustellen: Beamte, die in die Rentenversicherung einzahlen, wären keine Beamte im Sinne der Verfassung mehr. Faktisch würde es sich um eine Abschaffung des Berufsbeamtentums handeln, die eine Verfassungsänderung erfordern würde. Auch wenn das Land Schleswig-Holstein für die Ausgestaltung der Beamtenversorgung der Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten zuständig ist, besteht eine Bindung an die bundeseinheitliche Verfassung.

Der weitere beamtenpolitische Vorschlag der Rentenkommission, die Zahl der Verbeamtungen deutlich zu reduzieren, stößt ebenfalls auf Bedenken des dbb sh. Zunächst muss auch hier eine Vorgabe der Verfassung zwingend beachtet werden. Danach ist die Ausübung hoheitlicher Befugnisse in der Regel Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Selbst eine Abkehr vom Berufsbeamtentum in Grenzfällen dürfte kontraproduktiv sein, weil dann ein wichtiger Attraktivitätsfaktor auf dem Arbeitsmarkt verloren ginge. Die Funktionsfähigkeit des Staates erfordert Personal.

Der dbb mit seinen Fachgewerkschaften bleibt die maßgebende Institution zum Schutz des Berufsbeamtentums. In dem anstehenden politischen Prozess einschließlich des Gesetzgebungsverfahrens müssen aber die Belange beider Statusgruppen und damit auch der Tarifbeschäftigten betrachtet werden. Hier geht es nicht nur um eine auskömmliche Rente, sondern auch um die Verhinderung zusätzlicher Belastungen, die das Ziel einer Entlastung der Beschäftigten konterkarieren würde. Tarifbeschäftigte und Beamte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

#### HERAUSGEBER:

dbb sh – Spitzenverband der Fachgewerkschaften und –verbände des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein  
Muhliusstr. 65, 24103 Kiel Tel. 0431.67 50 81 • info@dbbsh.de • www.dbbsh.de

# Der Kassenbon als Lotterieschein – und warum Steuerbetrug mehr als eine Kassenfrage ist



Steuerbetrug kostet den Staat Milliarden. Besonders dort, wo viel Bargeld fließt, ist das Risiko hoch. Die DSTG fordert deshalb neben einer konsequenten Modernisierung der Steuerverwaltung auch ungewöhnliche Instrumente: Warum nicht den Kassenbon zum Lotterieschein machen? Ein Blick nach Taiwan zeigt, wie aus einem Stück Papier ein wirksames Werkzeug gegen Steuerhinterziehung werden kann.

Ein Kassenbon gehört zu den Dingen, die im Alltag kaum Beachtung finden. Bezahlen, Bon einstecken – oder direkt entsorgen. In Taiwan ist das anders: Dort kann ein Kassenbon ein Gewinnlos sein. Seit 1951 gibt es eine staatliche Beleglotterie, bei der die auf dem Beleg aufgedruckte Nummer über einen möglichen Gewinn entscheidet. Die Idee dahinter ist ebenso einfach wie wirkungsvoll: **Wer gewinnen möchte, muss darauf achten, dass er einen Beleg bekommt. Und wer einen Beleg ausstellt, muss den Umsatz auch**

**in der Kasse erfassen.**

Genau an diesem Punkt setzt die Forderung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft an.

**Wenn der Kunde zum Kontrolleur wird**

Das taiwanische Modell ist ein Beispiel für sogenanntes „Nudging“: Menschen werden durch einen positiven Anreiz dazu gebracht, sich so zu verhalten, dass ein gesellschaftlich gewünschtes Ziel erreicht wird.

Statt allein auf Kontrollen durch die Finanzverwaltung zu setzen, wird die Kundin oder der Kunde zum unfreiwilligen Partner der Steuerverwaltung. Der Beleg wird vom lästigen Papierstreifen zum möglichen Gewinnlos.

Nach Angaben verschiedener Quellen stieg das Steueraufkommen in Taiwan nach Einführung des Systems erheblich. Der häufig genannte Wert von 75 Prozent bezieht sich auf die Steuereinnahmen beziehungsweise das Aufkommen im Zusammenhang mit der damaligen Einführung des Systems. Der Effekt lässt sich allerdings nicht eins zu eins auf Deutschland übertragen: Die wirtschaftlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen von 1951 in Taiwan waren völlig andere. Dennoch zeigt das Beispiel ein wichtiges Prinzip: **Je wahrscheinlicher es für einen Betrieb ist, dass jeder Umsatz tatsächlich erfasst wird, desto schwieriger wird es, Einnahmen am Fiskus vorbeizuschleusen.**

Auch andere europäische Staaten haben inzwischen Varianten von Beleg- oder Kassenzettelotterien eingeführt. Italien beispielsweise startete 2021 eine staatliche Kassenzettel-Lotterie.

**Warum gerade Bargeld ein Problem ist**

Das eigentliche Problem ist allerdings nicht der Kassenbon. Das Problem ist der nicht erklärte **Umsatz**.

Wo überwiegend Bargeld umgesetzt wird, besteht grundsätzlich eine größere Möglichkeit, Einnahmen nicht oder nicht vollständig zu erfassen. Betroffen sein können beispielsweise Gastronomie, Friseurbetriebe, Kosmetik- und Nagelstudios, Bäckereien, Imbisse oder Teile des Einzelhandels.

Die DSTG bezeichnet Bargeld deshalb zugespitzt als „Sauerstoff des Steuerbetrugs“. Nach ihrer Einschätzung entstehen allein in bargeldintensiven Branchen jährlich Steuerausfälle in einer Größenordnung von 15 bis 20 Milliarden Euro.



Dabei geht es nicht darum, jede Unternehmerin und jeden Unternehmer unter Generalverdacht zu stellen. Im Gegenteil: **Die überwältigende Mehrheit der Steuerpflichtigen hält sich an die Regeln.** Steuerbetrug ist gerade deshalb ein Problem, weil sich einige auf Kosten der Allgemeinheit und damit auch auf Kosten der ehrlichen Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

Steuerhinterziehung ist damit nicht nur ein Problem für den Staatshaushalt. Sie ist auch eine Frage der Steuergerechtigkeit und der Wettbewerbsgleichheit.

#### **Der Kassenbon allein reicht nicht**

Eine Kassenbonlotterie wäre deshalb allenfalls ein Baustein in einem deutlich größeren Maßnahmenpaket.

Die Bundesregierung hat im Juli 2026 einen umfassenden Aktionsplan gegen Steuer- und Finanzkriminalität vorgestellt. Vorgeesehen sind unter anderem ein gemeinsames Zentrum gegen Steuer- und Finanzkriminalität beim Zoll, eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern, ein Datenanalysezentrum sowie eine gemeinsame Datenplattform mit KI-gestützten Analyseinstrumenten. Außerdem soll eine Registrierkassenpflicht insbesondere in bargeldintensiven Branchen Steuerbetrug erschweren.

Damit wird deutlich: Die Bekämpfung von Steuerkriminalität verändert sich. Es geht längst nicht mehr allein darum, einzelne Betriebe nachträglich zu prüfen. Moderne Steuerverwaltung muss in der Lage sein, **Daten zusammenzuführen, Auffälligkeiten frühzeitig zu erkennen und dort genauer hinzusehen, wo das Risiko besonders hoch ist.**

Für die DSTG ist das ein wichtiger Schritt. Sie begrüßt insbesondere das geplante Zukunftslabor Steuern, das gemeinsame Zentrum gegen Steuer- und Finanzkriminalität und die moderne Dateninfrastruktur. Gleichzeitig fordert die Gewerkschaft, dass aus politischen Ankündigungen möglichst schnell praktische Instrumente werden.

#### **Mehr Daten – aber auch mehr Menschen**

Digitalisierung allein wird das Problem jedoch nicht lösen. Künstliche Intelligenz kann große Datenmengen analysieren und ungewöhnliche Muster erkennen. Sie kann Hinweise liefern, die eine Sachbearbeiterin oder ein Sachbearbeiter anschließend gezielt untersuchen kann. Sie kann aber weder die steuerliche Bewertung eines komplexen Sachverhalts vollständig ersetzen noch eine Betriebsprüfung, Steuerfahndung oder andere fachliche Prüfung überflüssig machen.

#### **Moderne Technik braucht deshalb qualifizierte Menschen, die mit ihr arbeiten können.**

Genau hier liegt eine der zentralen Herausforderungen für die Steuerverwaltung der Länder. Die beste Datenplattform hilft

wenig, wenn am Ende die personellen Kapazitäten fehlen, um die Treffer auszuwerten, Verfahren zu führen und Steueransprüche tatsächlich durchzusetzen.

Die DSTG fordert deshalb seit Langem drei Dinge, die zusammengehören: **ein einfacheres Steuerrecht, konsequente Digitalisierung und ausreichend qualifiziertes Personal.**

#### **Bund und Länder müssen gemeinsam handeln**

Ein weiterer Punkt ist für die Praxis besonders wichtig: Steuerkriminalität macht an Ländergrenzen nicht halt.

Unternehmensstrukturen, Zahlungsströme und wirtschaftliche Verflechtungen können sich über mehrere Bundesländer und Staaten erstrecken. Deshalb begrüßt die DSTG zwar das geplante gemeinsame Zentrum beim Zoll, fordert aber zugleich eine starke und gleichberechtigte Einbindung der Steuerfahndungen der Länder. Denn dort liegt ein erheblicher Teil der praktischen Erfahrung bei der Aufdeckung komplexer Steuerstraftaten.

Die Richtung muss daher lauten: **mehr Zusammenarbeit statt Zuständigkeitsdenken.**

Dazu gehören gemeinsame Datenstandards, moderne IT, schnelle Informationswege und klare Zuständigkeiten. Ebenso wichtig ist eine ausreichende Ausstattung der Behörden.

#### **Die ehrlichen Steuerzahler dürfen nicht die Dummen sein**

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Jeder nicht erklärte Umsatz kann dazu führen, dass Steuern, Sozialversicherungsbeiträge oder andere öffentliche Einnahmen fehlen. Die Konsequenz tragen am Ende alle: durch höhere Belastungen, weniger finanziellen Spielraum des Staates oder einen unfairen Wettbewerb zu lasten derjenigen, die sich an die Regeln halten.

Deshalb ist es richtig, das **Entdeckungsrisiko** für Steuerkriminelle zu erhöhen.

Dabei muss allerdings Augenmaß gelten. Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung dürfen nicht dazu führen, dass rechtstreu Unternehmen mit immer neuen bürokratischen Pflichten überzogen werden. Gerade kleine Betriebe brauchen praktikable und verständliche Lösungen.

Das Ziel sollte daher nicht „mehr Kontrolle um jeden Preis“ heißen, sondern:

**Gezielt kontrollieren, wo das Risiko hoch ist – und die ehrliche Mehrheit entlasten.**

Auch der aktuelle Aktionsplan der Bundesregierung verfolgt ausdrücklich einen risikoorientierten Ansatz. Eine bessere Datengrundlage soll es ermöglichen, Prüfungen stärker auf diejenigen zu konzentrieren, bei denen ein Verdacht beziehungsweise ein erhöhtes Risiko besteht.

### Was könnte eine Kassenbonlotterie leisten?

Eine deutsche Kassenbonlotterie wäre vor allem eines: ein zusätzlicher Anreiz, sich einen Beleg geben zu lassen.

Ihr Charme liegt darin, dass sie nicht primär mit Kontrolle und Sanktionen arbeitet, sondern mit einem positiven Anreiz. Der Staat sagt vereinfacht: „**Lass dir den Beleg geben – vielleicht gewinnst du etwas.**“

Die DSTG hat deshalb bereits vorgeschlagen, attraktive Preise auszuloben. Denkbar wären beispielsweise Geldpreise oder – als öffentlichkeitswirksame Variante – Sachpreise wie Elektrofahrzeuge.

Ob eine solche Lotterie in Deutschland tatsächlich die erwarteten Mehreinnahmen erzielen würde, müsste allerdings zunächst belastbar untersucht werden. Auch die Kosten des Systems, die rechtlichen Rahmenbedingungen, der Datenschutz und die konkrete Ausgestaltung wären zu klären.

Eine Kassenbonlotterie darf deshalb nicht als „Wundermittel“ verkauft werden.

**Sie kann ein zusätzliches Werkzeug sein. Nicht mehr – aber eben auch nicht weniger.**

### Entscheidend ist das Gesamtpaket

Die Diskussion um den Kassenbon lenkt den Blick auf eine größere Frage: **Wie wollen wir Steuerkriminalität im 21. Jahrhundert bekämpfen?**

Eine leistungsfähige Steuerverwaltung braucht dafür mehrere Instrumente:

- manipulationssichere und moderne Kassensysteme,
- möglichst vollständige und verwertbare digitale Daten,
- eine zeitgemäße IT-Infrastruktur,
- intelligente Datenanalyse und KI,
- eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern,
- ausreichend Personal in Veranlagung, Betriebsprüfung und Steuerfahndung,
- wirksame Kontrollen in besonders risikobehafteten Bereichen,
- internationale Zusammenarbeit,
- und schließlich einen Rechtsrahmen, der konsequentes Handeln ermöglicht.

Der aktuelle Aktionsplan der Bundesregierung enthält zahlreiche dieser Elemente. Er sieht unter anderem ein gemeinsames Zentrum gegen Steuer- und Finanzkriminalität, eine stärkere Datenanalyse, eine Registrierkassenpflicht und eine Ausweitung der Kontrollen vor.

Aus Sicht der DSTG kommt es nun entscheidend auf die Umsetzung an. „Ein guter Plan in der Schublade fängt keinen einzigen Betrüger“, bringt es DSTG-Bundesvorsitzender Florian Köbler auf den Punkt.

### Die Stellungnahme im Landtag: Steuerkriminalität konsequent bekämpfen

Damit schließt sich auch der Kreis zu den aktuellen parlamentarischen Beratungen.

Wenn der Landtag über Maßnahmen gegen Steuerkriminalität diskutiert, darf die Debatte nicht auf einzelne Instrumente verengt werden. Die Kassenbonlotterie ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie kreative Ansätze einen Beitrag leisten können. Entscheidend ist aber das Zusammenspiel aller Maßnahmen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht muss dabei eine Botschaft im Mittelpunkt stehen:

**Steuergerechtigkeit braucht eine starke Steuerverwaltung.**

Wer Steuerbetrug wirksam bekämpfen will, muss die Beschäftigten der Finanzverwaltung mit den notwendigen technischen Möglichkeiten, rechtlichen Befugnissen und personellen Ressourcen ausstatten. Digitalisierung und künstliche Intelligenz können dabei enorme Chancen bieten. Sie ersetzen aber nicht die Menschen, die Steuerrecht anwenden, Sachverhalte beurteilen und Betrug verfolgen.

Und vielleicht wird der Kassenbon in Deutschland eines Tages tatsächlich zum Lotterieschein.

Noch wichtiger wäre allerdings, dass er bis dahin vor allem eines bleibt: **ein Nachweis dafür, dass ein Umsatz tatsächlich stattgefunden hat und steuerlich erfasst wird.**

Denn am Ende geht es bei der Bekämpfung von Steuerkriminalität um einen einfachen Grundsatz:

**Wer ehrlich seine Steuern zahlt, darf nicht der Dumme sein.**





# Krankschreibung ab dem ersten Krankheitstag löst auch keine Probleme

Die Überlegungen der Bundesregierung, künftig bereits ab dem ersten Krankheitstag eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung verpflichtend vorzuschreiben, stößt auch bei uns auf deutliche Kritik. Eine solche Regelung löst keine der aktuellen Herausforderungen im öffentlichen Dienst. Stattdessen schafft sie zusätzlichen bürokratischen Aufwand und sendet gegenüber den Beschäftigten das falsche Signal.

Die Kolleginnen und Kollegen in der Steuerverwaltung sowie im gesamten öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein leisten Tag für Tag einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwesen. Sie arbeiten verantwortungsbewusst und engagiert und das oftmals unter hoher Belastung. Ihnen mit einer pauschalen Nachweispflicht zu begegnen, wird diesem Einsatz nicht gerecht. Ein funktionierender öffentlicher Dienst lebt von Vertrauen und gegenseitigem Respekt, nicht von immer neuen Kontrollmechanismen.

Hinzu kommt, dass es bereits heute möglich ist, in begründeten Einzelfällen eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab dem ersten Krankheitstag zu verlangen. Eine generelle Verpflichtung bringt deshalb keinen echten Mehrwert.

Wer den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen will, sollte seine Energie an anderer Stelle einsetzen. Die eigentlichen Herausforderungen, wie der Personalnotstand, die steigende Arbeitsbelastung und die stetig wachsenden Aufgaben, sind doch bereits seit Langem bekannt. Diese Probleme müssen angepackt werden und lassen sich nicht durch neue Nachweispflichten lösen.

Wir vertreten die Meinung, dass moderne Personalpolitik auf Vertrauen, Eigenverantwortung sowie Wertschätzung beruht. Beschäftigte verdienen gute Arbeitsbedingungen und einen Arbeitgeber, der ihnen mit Respekt begegnet. Das stärkt Motivation, Gesundheit und die Leistungsfähigkeit!



## Tarifrecht im öffentlichen Dienst: Bund und Länder im Vergleich – mit Blick auf Schleswig-Holstein

### Zwei Tarifsysteme, ein gemeinsamer Ursprung

Wer im öffentlichen Dienst in Deutschland arbeitet, unterliegt je nach Arbeitgeber unterschiedlichen Tarifwerken. Für Beschäftigte bei Bund und Kommunen gilt der **Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)**, für die Beschäftigten der Bundesländer – mit Ausnahme Hessens, das seit seinem Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) im Jahr 2004 einen eigenen Tarifvertrag (TV-H) hat – **der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L)**. Schleswig-Holstein zählt zu den 15 Ländern, die den TV-L anwenden. Beide Tarifverträge gehen historisch auf denselben Reformprozess zurück: 2005 löste der TVöD den früheren Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) für Bund und Kommunen ab, ein Jahr später folgte mit dem TV-L die entsprechende Regelung für die Länder. Inhaltlich sind sich beide Werke deshalb bis heute in weiten Teilen ähnlich – etwa bei der Entgeltsystematik mit Entgeltgruppen und Erfahrungsstufen –, unterscheiden sich aber in wichtigen Details.

### Wer handelt mit wem?

Der TVöD wird von der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern für den Bund ausgehandelt. Der TV-L wird von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) verhandelt, in der alle Länder außer Hessen organisiert sind. Auf Gewerkschaftsseite treten in beiden Fällen vor allem ver.di und der dbb beamtenbund und tarifunion auf, ergänzt um Fachgewerkschaften wie die DSTG für die Finanzverwaltung.

Diese getrennten Verhandlungsstrukturen erklären, warum Tarifrunden bei Bund/Kommunen und bei den Ländern zeitlich versetzt stattfinden und regelmäßig zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. In der aktuellen TV-L-Tarifrunde 2025/2026 einigten sich TdL und Gewerkschaften am 14. Februar 2026 auf eine Entgeltsteigerung von insgesamt 5,8 Prozent in drei Stufen: 2,8 Prozent (mindestens 100 Euro) zum 1. April 2026, weitere 2,0 Prozent zum 1. März 2027 sowie 1,0 Prozent zum 1. Januar 2028.

## Arbeitszeit: Schleswig-Holstein mit der kürzesten Woche im TV-L

Ein zentraler Unterschied zwischen TVöD und TV-L liegt in der wöchentlichen Arbeitszeit. Während im TVöD bundesweit einheitlich rund 39 Wochenstunden gelten, variiert die Arbeitszeit im TV-L von Bundesland zu Bundesland, weil sie sich bei der Einführung 2006 an der jeweils zuvor tatsächlich geleisteten Arbeitszeit orientierte. Das Ergebnis: Im Tarifgebiet West reicht die Spanne von 38 Stunden 42 Minuten in Schleswig-Holstein bis zu über 40 Stunden in Bayern – **Schleswig-Holstein hat damit die kürzeste tarifliche Wochenarbeitszeit aller TV-L-Länder.** Im Tarifgebiet Ost gilt einheitlich eine 40-Stunden-Woche. Für bestimmte Beschäftigtengruppen, etwa im Wechsel- oder Schichtdienst, gilt unabhängig vom Bundesland eine reduzierte Arbeitszeit von 38,5 Stunden.

## Entgelt, Jahressonderzahlung und Urlaub

Bei den reinen Tabellenentgelten liegen TVöD und TV-L nah beieinander, wobei der TVöD tendenziell etwas höhere Werte aufweist. Deutlicher fallen die Unterschiede bei Nebenleistungen aus: Die Jahressonderzahlung fällt im TVöD in der Regel günstiger aus als im TV-L. Auch beim Urlaubsanspruch öffnet sich seit dem jüngsten TVöD-Abschluss eine Lücke: Ab 2027 stehen TVöD-Beschäftigten 31 Urlaubstage zu, TV-L-Beschäftigten grundsätzlich weiterhin 30 Tage. Ein weiterer praktischer Unterschied betrifft den Wechsel zwischen beiden Systemen: TVöD und TV-L sind eigenständige, rechtlich getrennte Tarifwerke. Ein automatischer Stufenübertrag beim Arbeitgeberwechsel – etwa von einer Kommune zu einer Landesbehörde in Schleswig-Holstein – ist nicht

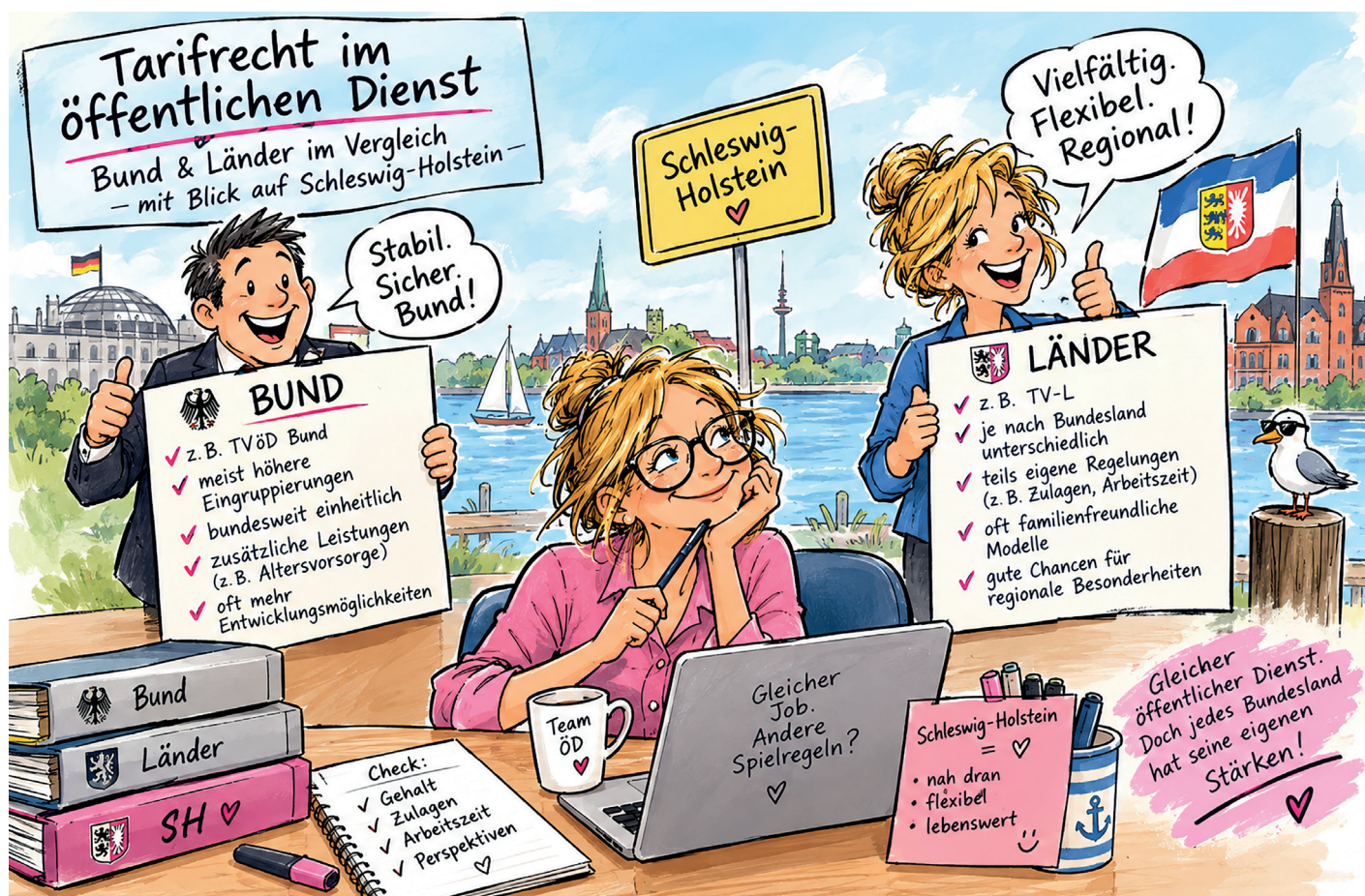
vorgesehen. Dies sollte also vor Vertragsunterzeichnung schriftlich geklärt werden.

## Besonderheiten in Schleswig-Holstein

Für die Landesbeschäftigten in Schleswig-Holstein gilt der TV-L in seiner allgemeinen Fassung, verwaltet über das Dienstleistungszentrum Personal des Landes. Neben der bereits erwähnten kürzesten Wochenarbeitszeit im Ländervergleich sind für bestimmte Berufsgruppen – etwa Lehrkräfte – ergänzend landesspezifische Regelungen wie die sogenannten Lehrerrichtlinien maßgeblich, da Lehrkräfte tarifvertraglich nicht durch die allgemeine Entgeltordnung des TV-L erfasst sind. Beamtinnen und Beamte des Landes sind vom TV-L ohnehin nicht erfasst; für sie gilt gesondertes Landesbesoldungsrecht, wobei Tarifiergebnisse aus dem TV-L traditionell mit zeitlichem Abstand auf die Besoldung übertragen werden.

## Fazit

TVöD und TV-L folgen derselben Grundlogik des öffentlichen Tarifrechts, unterscheiden sich aber durch getrennte Verhandlungsstrukturen in Entgeltdynamik, Arbeitszeit, Sonderzahlungen und Urlaubsanspruch. Für Beschäftigte in Schleswig-Holstein bedeutet das TV-L-System aktuell die kürzeste tarifliche Wochenarbeitszeit unter allen Ländern, bei gleichzeitig etwas geringerem Urlaubsanspruch und Jahressonderzahlung im Vergleich zum TVöD. Wer zwischen Landes- und Kommunal- bzw. Bundesdienst wechselt, sollte diese Unterschiede – insbesondere bei der Stufenzuordnung – frühzeitig mit dem neuen Arbeitgeber klären.





# Senioren verlassen Schleswig-Holstein!



## Was bedeutet das denn – Wechsel zur DSTG Hamburg? Nö, keine Gefahr!

Lydia und Anna (unser Orgateam) haben als Ziel für unseren diesjährigen Ausflug die schöne Hansestadt Hamburg ausgesucht. Am 18.6. war der Treffpunkt unser Stammlokal Alter Landkrug in Nortorf. Ab 8 Uhr trudelten nach und nach insgesamt 48 hungrige Senioren aus dem gesamten Land ein. Wie immer gab's leckeres und reichhaltiges Frühstück – da kann man echt nicht meckern!

Um 10 Uhr dann rein in den Bus und Abfahrt, leider ohne unseren gewünschten Busfahrer „Otte“. Der ist einfach ohne uns nach Brüssel gefahren!

Ohne Zwischenfälle waren wir bereits um 11 Uhr an den St.-Pauli-Landungsbrücken und konnten uns die Füße vertreten, Hafenluft schnuppern oder „ins Bad gehen“ (haben wir im Amt immer gesagt, wenn jemand auf Klo war 😊).

Um 12 Uhr kam dann unser Großstadt-Guide, und los ging die Stadtrundfahrt – mit unserem eigenen Bus kreuz und quer durch die City. Ganz ehrlich: Das war total interessant, was er so alles erzählt hat, und überhaupt nicht ermüdend oder einschläfernd.

Egal ob nun das neue Westfield Überseequartier mit der gigantischen Tiefgarage, die HafenCity mit ebenso gigantischen Preisen (egal ob Kauf oder Miete), Speicherstadt, Binnen- und Außenalster, Jungfernstieg (der Name hat nichts mit alten Jungfern zu tun),

Hammaburg-Platz (Namensgeber und historische Keimzelle), schöne alte Villen mit ebenso schönem alten Baumbestand – sowas habe ich nie mitten in der Stadt vermutet – und eben auch Geschichtliches: wie Kaiser Wilhelm II mehrmals der Einladung Albert Ballins gefolgt ist (obwohl er nicht dem Adel angehörte und Jude war). Allerdings ist er immer zum Bahnhof Dammtor gefahren – am Hauptbahnhof hätte er ja die Treppe hochsteigen müssen, und das ist ja nun wirklich nichts für einen Kaiser!

Mehr konnte ich mir nicht merken (obwohl Anna immer sagt, ich sei die „wandelnde Festplatte“).

Zurück an den Landungsbrücken durften wir durch den alten Elbtunnel gehen. Wenn man bedenkt, was die früher für Bauwerke zustande gebracht haben, mit welchen Mitteln und welcher Manpower – und sich dann heute so das Elend anguckt... Ich sage nur: Lindaunisbrücke!

Anschließend rauf auf die Barkasse von Käpt'n Prüsse: Zweistündige große Hafenrundfahrt – mit Kaffee und Kuchen. Wurde auch Zeit, unser Magen musste schließlich auch mal wieder beschäftigt werden 😊.

Allerdings war das nicht so einfach: Der Apfel- bzw. Käsekuchen war noch zu dreiviertel gefroren (Dr. Oetker hatte ihn wohl zu spät aus der Truhe genommen). Zum Glück hatten wir wieder Sahne-





wetter mit 30 Grad, und so knirschte es nur am Anfang bedenklich beim Kauen.

Wir sind bis Blankenese geschippert (mit nicht so unterhaltsamen Erläuterungen wie bei der Stadtrundfahrt). Zum Beispiel: „Wir überqueren gerade den Elbtunnel. Wenn es leise ist, können Sie die Autos hören – oder am Elbufer den Kopf unter Wasser halten, dann hören Sie es auch.“ 🐬

Auf dem Rückweg startete bei Airbus in Finkenwerder gerade ein Flugzeug – extra für uns natürlich! Außerdem sind wir auch noch an ein riesiges Containerschiff dicht herangefahren – echt gigantisch, man kommt sich vor wie eine Ameise!

Wieder an Land vermisste Lydia ihre Briefftasche – zum Glück hatte sie jemand gefunden und vollständig im „Bad“ abgegeben. Es gibt auch noch ehrliche Leute!

So konnten wir vollgepackt mit Erlebnissen den Rückweg antreten und waren gegen 18 Uhr wieder in Nortorf. Nach dem obligatorischen Gruppenfoto (für unsere sozialen Netzwerke) sind wir dann noch im kleinen Kreis auf den Marktplatz gegangen: Erster Tag vom „Nortorfer Musiksommer“, es spielte eine Queen-Coverband und es war brechend voll mit super Stimmung.

Jetzt das Wichtigste:



Unser Klönschnack mit Kaffeetrinken findet statt am Donnerstag, 08. Oktober ab 14:30 Uhr.

Anmeldung bitte wie immer bei Lydia: [ljaeger@onlinehome.de](mailto:ljaeger@onlinehome.de)  
Vielen Dank an Lydia und Anna für die Orga, an Willy für die Betreuung seitens der Landesleitung und natürlich an die DSTG für die Finanzierung!

Viele Grüße,  
*Rita*  
(Eggers, OV NMS)





# Mitgliederwerbeaktion 2026

Die Landesleitung der DSTG Schleswig-Holstein hat nach den großen Erfolgen in den Vorjahren wieder eine Mitglieder-Werbeaktion gestartet.

Wie im Jahr 2025 dürfen sich die DSTG-Mitglieder auf einen tollen ersten Preis freuen.



Voraussetzung zur Teilnahme an der Auslosung ist lediglich die Werbung eines oder mehrerer Mitglieder für den DSTG Landesverband Schleswig-Holstein. Die Ortsvorsitzenden leiten die Werbungen dann an die Landesgeschäftsstelle weiter.

Die Werbeaktion ist bis zum 31.12.2026 begrenzt.

Die Auswertung und Auslosung erfolgt dann im neuen Jahr.

Wir wünschen allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern viel Erfolg und Glück.

**Zusätzlich erhält jedes neue Mitglied\* und dessen Werber einen Gutschein im Wert von 25,- Euro.**

\* Dieses gilt nicht für Anwärter, die laut Beitragsordnung während ihrer gesamten Ausbildungszeit von der Beitragszahlung befreit sind.



**dbb vorteilsClub: Mehr Vorteile, neuer Zugang**

Die Angebote des dbb vorteilsClub sind umgezogen – ins Zukunftsnetzwerk digital (zn-d). Wer die Vorteile der Gewerkschaftsmitgliedschaft künftig nutzen möchte, findet alles an einem neuen Ort. Für die Nutzerinnen und Nutzer ändert sich der Zugang, nicht aber die Angebote selbst.

**Was der dbb vorteilsClub bietet**

Der dbb vorteilsClub bündelt exklusive Spar- und Vorteilsoptionen für alle Mitglieder der DSTG und ihrer Angehörigen. Zu den Angeboten gehören das Online-Einkaufsportal mit Rabatten bei über 1.500 Marken (Mode, Technik, Wohnen, Sport, Freizeit), das dbb autoabo als flexible Neuwagen-Abos auch mit E-Autos von zahlreichen Herstellern mit Sonderrabatt auf die Monatsrate, Reiseangebote mit Rabatten bei Pauschalreisen und Kreuzfahrt, Versicherungen und Finanzen über das dbb vorsorgewerk mit Beitragsvorteilen und Bündelrabatten sowie der automatische Strom- und Gaswechsel mit Cashback.

**Der Umzug ins zn-d**

Seit dem 29. Juli 2026 sind die Club-Angebote in das Zukunftsnetzwerk digital (zn-d) integriert. Wer bereits im dbb vorteilsClub registriert war, kann eine vereinfachte Registrierung nutzen – die

Club-Angebote sind sofort weiter nutzbar. Alle anderen Mitglieder registrieren sich neu im zn-d; die Angebote sind nach Bestätigung der Gewerkschaftsmitgliedschaft verfügbar. Der Zugang erfolgt im zn-d über den Menüpunkt „dbb vorteilsClub“ (gekennzeichnet mit %-Icon). Die Registrierung ist für alle Berechtigten kostenlos. Corporate Benefits – eine Ergänzung, kein Ersatz. Viele Beschäftigte des Landes Schleswig-Holstein kennen Corporate Benefits – das vom Arbeitgeber bereitgestellte Vorteileportal mit Rabatten bei ausgewählten Partnern. Das Angebot ist nützlich, aber begrenzt. Der dbb vorteilsClub ist deutlich breiter aufgestellt: Er bietet nicht nur eine größere Auswahl an Marken und Sparoptionen, sondern auch gewerkschaftsspezifische Leistungen wie das dbb autoabo, das vorsorgewerk mit Versicherungsvorteilen und den automatischen Strom- und Gaswechsel. Beide Portale ergänzen sich – wer beide nutzt, profitiert doppelt.

**Jetzt registrieren**

Die Registrierung erfolgt online unter [dbb-vorteilswelt.zn-d.de](https://dbb-vorteilswelt.zn-d.de). Bereits registrierte Club-Mitglieder nutzen den Migrationslink auf der Startseite. Bei Fragen hilft die Kundenberatung telefonisch unter 030/4081 6444 oder per E-Mail an [club@dbb-vorteilswelt.de](mailto:club@dbb-vorteilswelt.de).

**STARK, WENN'S  
DRAUF ANKOMMT**

EXKLUSIV FÜR PKV-MITGLIEDER

**Beste Leistungen erlebst du,  
weil du dich in jeder Situation  
auf uns verlassen kannst.**

Als Marktführer mit über 120 Jahren Erfahrung sind wir an deiner Seite – ein Leben lang. Von Generation zu Generation. Gegründet von Mitgliedern für Mitglieder.

Mehr Infos?  
Hier scannen!

**Debeka**

Das Füreinander zählt.



# Sommerfest des Ortsverbandes Lübeck



Am Mittwoch, den 08.07., fand erstmalig ein Sommerfest des Ortsverbandes Lübeck statt. Bei strahlendem Sonnenschein trafen sich rund 20 Mitglieder zu einem geselligen Nachmittag in privater Gartenatmosphäre.

Ein herzlicher Dank gilt allen, die zum Gelingen des Sommerfestes beigetragen haben – sei es durch die Organisation, mitgebrachte Salate oder ihre tatkräftige Unterstützung. Ebenso bedanken wir uns bei der Wüstenrot für den gewährten Zuschuss, der die Durchführung der Veranstaltung unterstützt hat.

Der Anlass für das Sommerfest war unter anderem, die von den beiden Demonstrationen im Frühjahr übrig gebliebenen Getränke in gemütlicher Runde gemeinsam zu genießen. Für das leibliche Wohl war ebenfalls bestens gesorgt: Neben verschiedenen Salaten gab es Fleisch, Würstchen und Grillkäse, die von unserem Grillmeister hervorragend zubereitet wurden.

Die positive Resonanz aller Teilnehmenden hat gezeigt, dass das erste Sommerfest des Ortsverbandes Lübeck ein voller Erfolg war. Bei bestem Wetter, gutem Essen und vielen interessanten Gesprächen konnte der Zusammenhalt weiter gestärkt werden. Ob aus der gelungenen Premiere eine feste Tradition wird, bleibt abzuwarten – die Lust auf eine Wiederholung im kommenden Jahr ist bei vielen Teilnehmenden jedenfalls bereits geweckt.

Auch das gemeinsame Wikingerschach sorgte für viel Spaß und gute Unterhaltung. Mit viel Ehrgeiz, aber immer fair und mit einem Augenzwinkern, wurden einige spannende Partien ausgetragen.



Für ihre Mitgliedschaft in der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband  
Schleswig-Holstein werden folgende Kolleginnen und Kollegen  
im **Oktober bis Dezember 2026** geehrt:



|                     |            |                 |              |
|---------------------|------------|-----------------|--------------|
| Frau Sabine         | Heidelbeer | OV Elmshorn     | 01. Oktober  |
| Herr Florian        | Baudzus    | OV Elmshorn     | 01. Oktober  |
| Frau Nina           | Rahmig     | OV Flensburg    | 01. Oktober  |
| Frau Liev           | Kaesekamp  | OV Husum        | 01. Oktober  |
| Herr Mario          | Osahr      | OV Kiel         | 01. Oktober  |
| Frau Armgard Walena | Andresen   | OV Leck         | 01. Oktober  |
| Frau Sabrina        | Parplies   | OV Bad Segeberg | 01. November |
| Frau Sylvie         | Stahlberg  | OV Dithmarschen | 01. November |
| Frau Saskia         | Hansen     | OV Flensburg    | 01. November |
| Frau Teodora        | Heikendorf | OV Flensburg    | 01. November |
| Herr Marco          | Thomsen    | OV Husum        | 01. November |
| Herr Henrik         | Jessen     | OV Husum        | 01. November |
| Herr Felix          | Burzlauff  | OV Itzehoe      | 01. November |
| Frau Franziska      | Reimers    | OV Itzehoe      | 01. November |
| Herr Tom-Ole        | Straßburg  | OV Kiel         | 01. November |
| Frau Martina        | Cordsen    | OV Leck         | 01. November |
| Herr Michael        | Virgiels   | OV Ostholstein  | 01. November |
| Herr Marcus Julian  | Haas       | OV Ostholstein  | 01. November |
| Frau Melina         | Loukili    | OV Plön         | 01. November |
| Frau Jacqueline     | Blunck     | OV Plön         | 01. November |
| Frau Annika         | Thal       | OV Ratzeburg    | 01. November |
| Frau Lea            | Indenhock  | OV Schleswig    | 01. November |
| Frau Svenja         | Krüger     | OV Stormarn     | 01. November |
| Herr Maik           | Berndt     | OV Stormarn     | 01. November |
| Frau Carola         | Lage       | OV Neumünster   | 01. Dezember |
| Frau Lara           | Seyyar     | OV Pinneberg    | 01. Dezember |



|                |          |                 |              |
|----------------|----------|-----------------|--------------|
| Frau Maik      | Lorenzen | OV Dithmarschen | 01. Oktober  |
| Frau Annika    | Albers   | OV Dithmarschen | 01. Oktober  |
| Frau Gesine    | Wetzel   | OV Eckernförde  | 01. Oktober  |
| Herr Philipp   | Vogt     | OV Lübeck       | 01. Oktober  |
| Frau Anna-Lena | Knüppel  | OV Lübeck       | 01. Oktober  |
| Frau Kathrin   | Hamer    | OV Lübeck       | 01. Oktober  |
| Herr Mirco     | Koch     | OV Itzehoe      | 01. Dezember |
| Frau Frauke    | Jessen   | OV Schleswig    | 01. Dezember |



|              |            |                      |             |
|--------------|------------|----------------------|-------------|
| Frau Angela  | Carstensen | OV Flensburg         | 1. Oktober  |
| Frau Bärbel  | Dreyer     | OV Eckernförde       | 1. November |
| Herr Hartmut | Preuk      | OV Finanzministerium | 1. November |
| Frau Gesa    | Petersen   | OV Flensburg         | 1. November |
| Herr Michael | Rentz      | OV Itzehoe           | 1. November |
| Herr Reiner  | Steffen    | OV Ostholstein       | 1. November |
| Frau Anja    | Böhnke     | OV Schleswig         | 1. Dezember |
| Frau Susanne | Törner     | OV Schleswig         | 1. Dezember |
| Herr Stefan  | Rickert    | OV Stormarn          | 1. Dezember |



|            |      |                      |              |
|------------|------|----------------------|--------------|
| Herr Peter | Marx | OV Finanzministerium | 01. Dezember |
|------------|------|----------------------|--------------|



|            |     |                      |              |
|------------|-----|----------------------|--------------|
| Herr Peter | Haß | OV Finanzministerium | 01. Dezember |
|------------|-----|----------------------|--------------|



# Wir gratulieren zum Geburtstag

## 1. Oktober bis 31. Dezember 2026

### 70 Jahre

|      |          |          |    |                   |              |
|------|----------|----------|----|-------------------|--------------|
| Herr | Bernhard | Reimers  | OV | Ostholstein       | 01. Oktober  |
| Frau | Helga    | Nerz     | OV | Schleswig         | 07. Oktober  |
| Herr | Dieter   | Fricke   | OV | Plön              | 09. Oktober  |
| Frau | Ute      | Segner   | OV | Ostholstein       | 15. Oktober  |
| Frau | Sabine   | Thode    | OV | Elmshorn          | 15. Oktober  |
| Frau | Ursula   | Carls    | OV | Rendsburg         | 17. Oktober  |
| Frau | Heike    | Lange    | OV | Itzehoe           | 22. Oktober  |
| Frau | Heidi    | Jansen   | OV | Dithmarschen      | 25. Oktober  |
| Frau | Heidi    | Hellwig  | OV | Stormarn          | 02. November |
| Frau | Antje    | Spiering | OV | Dithmarschen      | 10. November |
| Herr | Helmut   | Lange    | OV | Rendsburg         | 24. November |
| Frau | Regina   | Klossek  | OV | Ratzeburg         | 29. November |
| Herr | Volker   | Mateyka  | OV | Finanzministerium | 08. Dezember |
| Herr | Werner   | Voß      | OV | Stormarn          | 14. Dezember |
| Herr | Volker   | Wendland | OV | Ratzeburg         | 18. Dezember |
| Herr | Udo      | Claußen  | OV | Dithmarschen      | 23. Dezember |
| Frau | Annegret | Pukall   | OV | Plön              | 27. Dezember |
| Frau | Frauke   | Beyer    | OV | Husum             | 27. Dezember |
| Frau | Heimke   | Borchert | OV | ZPD               | 31. Dezember |

### 75 Jahre

|      |             |            |    |              |              |
|------|-------------|------------|----|--------------|--------------|
| Herr | Ralph       | Bordolo    | OV | Bad Segeberg | 12. Oktober  |
| Frau | Gerda       | Benedix    | OV | Rendsburg    | 28. Oktober  |
| Frau | Bärbel      | Zickenrott | OV | Bad Segeberg | 01. November |
| Frau | Astrid      | Sonnenberg | OV | Kiel         | 10. November |
| Herr | Rolf-Dieter | Carstensen | OV | BIZ          | 26. November |
| Herr | Rolf        | Wollesen   | OV | Stormarn     | 07. Dezember |

## 80 Jahre

|             |            |                |              |
|-------------|------------|----------------|--------------|
| Herr Kurt   | Niemann    | OV Itzehoe     | 10. Oktober  |
| Herr Uwe    | Kummerfeld | OV Ostholstein | 14. November |
| Herr Werner | Hennings   | OV Itzehoe     | 06. Dezember |
| Frau Ursula | Biller     | OV Itzehoe     | 19. Dezember |
| Herr Dieter | Kuhn       | OV Ostholstein | 22. Dezember |

## 85 Jahre

|           |           |                 |              |
|-----------|-----------|-----------------|--------------|
| Herr Rolf | Borchard  | OV Ostholstein  | 05. Oktober  |
| Herr Rolf | Schilling | OV Bad Segeberg | 03. November |

## 90 Jahre

|            |        |              |              |
|------------|--------|--------------|--------------|
| Herr Armin | Jessen | OV Rendsburg | 15. Dezember |
|------------|--------|--------------|--------------|

## 91 Jahre

|                 |        |                 |              |
|-----------------|--------|-----------------|--------------|
| Herr Peter-Cord | Möller | OV Bad Segeberg | 20. Dezember |
|-----------------|--------|-----------------|--------------|

## 96 Jahre

|                             |        |                      |              |
|-----------------------------|--------|----------------------|--------------|
| Herr Werner                 | Seidel | OV Finanzministerium | 02. Oktober  |
| Herr Paul-Heinrich Petersen |        | OV Leck              | 20. Dezember |

## 99 Jahre

|            |     |                      |             |
|------------|-----|----------------------|-------------|
| Herr Peter | Haß | OV Finanzministerium | 21. Oktober |
|------------|-----|----------------------|-------------|

Ihr Geburtstag oder Jubiläum soll nicht veröffentlicht werden?

Dann melden Sie sich bitte kurz in der Geschäftsstelle ([dstg-schleswig-holstein@t-online.de](mailto:dstg-schleswig-holstein@t-online.de)). Vielen Dank!





# Sie arbeiten stets unter Hochdruck. Bei uns sind Sie hoch angesehen!

So gut und günstig sollten Beamte versichert sein

Vergünstigte  
Krankenver-  
sicherung für  
DSTG-  
Mitglieder

Als größter Versicherer im öffentlichen Dienst bieten wir Top-Tarife und bedarfsgerechte Angebote, die optimal zu Ihnen passen.

## Unsere private Krankenversicherung für Sie

- ✓ **Faire Konditionen** – Günstige Krankenversicherung für Beamte
- ✓ **Attraktive Beitragsrückerstattung** – Bereits ab dem 1. leistungsfreien Versicherungsjahr
- ✓ **Maßgeschneidert** – Passgenau auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten

## Wir beraten Sie gerne

Ihren Ansprechpartner vor Ort finden Sie unter [huk.de/ansprechpartner](https://huk.de/ansprechpartner)



Mehr Infos unter [huk.de/dstg](https://huk.de/dstg)

### Kundendienstbüro Samet Demircan

Ziegelstraße 2, 23556 Lübeck  
Tel. 0451 45056123  
[samet.demircan@hukvm.de](mailto:samet.demircan@hukvm.de)

### Kundendienstbüro Norbert Schwengers

Krempelsdorfer Allee 42 – 44, 23556 Lübeck  
Tel. 0451 8104184  
[norbert.schwengers@hukvm.de](mailto:norbert.schwengers@hukvm.de)

### Kundendienstbüro Frank-Michael Frehrs

Ratzeburger Allee 111 – 125, 23562 Lübeck  
Tel. 0451 5821370  
[frank-michael.frehrs@hukvm.de](mailto:frank-michael.frehrs@hukvm.de)

### Kundendienstbüro Zohrab Amoyan

Arnimstraße 12 B, 23566 Lübeck  
Tel. 0451 66902  
[zohrab.amoyan@hukvm.de](mailto:zohrab.amoyan@hukvm.de)

### Kundendienstbüro Christoph Schneider

Holtenauer Straße 352, 24106 Kiel  
Tel. 0431 35531  
[christoph.schneider@hukvm.de](mailto:christoph.schneider@hukvm.de)

### Kundendienstbüro Birgit Leppin

Schönberger Straße 24, 24148 Kiel  
Tel. 0431 726677  
[birgit.leppin@hukvm.de](mailto:birgit.leppin@hukvm.de)

### Kundendienstbüro Carsten Schulz

An der Mühlenau 3 – 5, 24211 Preetz  
Tel. 04342 8584866  
[carsten.schulz@hukvm.de](mailto:carsten.schulz@hukvm.de)

### Kundendienstbüro Carsten Schulz

Langebrückstraße 26, 24340 Eckernförde  
Tel. 04351 667755  
[carsten.schulz@hukvm.de](mailto:carsten.schulz@hukvm.de)

### Kundendienstbüro Lukas Kirchner

Hauptstraße 30, 24536 Neumünster  
Tel. 04321 2720  
[lukas.kirchner@hukvm.de](mailto:lukas.kirchner@hukvm.de)

### Kundendienstbüro Marco Lorenzen

Friedrichstädter Straße 50, 24768 Rendsburg  
Tel. 04331 22927  
[marco.lorenzen2@hukvm.de](mailto:marco.lorenzen2@hukvm.de)

### Kundendienstbüro Anke Feldes

Am Lornsenpark 6, 24837 Schleswig  
Tel. 04621 27627  
[anke.feldes@hukvm.de](mailto:anke.feldes@hukvm.de)

### Kundendienstbüro Paul Biermann

Ochsenweg 26, 24941 Flensburg  
Tel. 0461 9402543  
[paul.biermann@hukvm.de](mailto:paul.biermann@hukvm.de)

### Kundendienstbüro Bettina Tempich-Braunhart

Bismarckstraße 40, 24943 Flensburg  
Tel. 0461 13093  
[bettina.tempich-braunhart@hukvm.de](mailto:bettina.tempich-braunhart@hukvm.de)

### Kundendienstbüro Thomas Lucke

Feldstraße 11 – 17, 25746 Heide  
Tel. 0481 78769126  
[thomas.lucke@hukvm.de](mailto:thomas.lucke@hukvm.de)

